

Kapitel 2: Die Religion, vielmehr die “Unterdrückung der Religion”

Jahresbericht über Menschenrechtsverletzungen in Tibet 2003

Inhalt

Einführung

Kreuzzug gegen den Dalai Lama

Bilder des Dalai Lama werden dem Volke verboten

Verhaftungen wegen des Dalai Lama

Beim Volk besonders beliebte Lamas sind Zielscheibe der Verfolgung

Die Politisierung der Reinkarnation

Der Fall Chadrel Rinpoche

Tulku Tenzin Deleks "Verbrechen"

Khenpo Jigme Phuntsoks Lehrtätigkeit im Serthar-Institut stark eingeschränkt

Der "Separatist" Geshe Sonam Phuntsok

"Demokratische Verwaltungsräte" als Kontrollinstanzen im religiösen Bereich

Verweigerung religiöser Erziehung

Einsiedler werden zum Verlassen der Klausur gezwungen

Degeneration des tibetischen Buddhismus

Schließung religiöser Institutionen

Beeinträchtigung der religiösen Feste

Festnahmen im Vorfeld zum Geburtstag des Dalai Lama

Schluß

Einführung

Was die Religionsfreiheit anbelangt, so war die Lage im Jahr 2003 in Tibet weiterhin schlecht. Schema und Art und Weise der bisherigen religiösen Unterdrückung sind die gleichen geblieben, wobei es nur hinsichtlich der Intensität in den einzelnen Regionen Unterschiede gab. Die *US International Commission on Religious Freedom* (USCIRF) stufte China 2003 als eines der fünf besonders besorgniserregenden Länder ein. Gemäß der USCIRF gehört China zu denjenigen Staaten, welche die internationalen Normen der religiösen Freiheit in übelster Weise verletzen.

Die Verletzungen des Rechtes, eine Religion praktizieren zu können, sind in dem von China besetzten Tibet ganz besonders gravierend. Immer noch werden Menschen hier ob ihrer religiösen Überzeugung oder ihres Glaubens eingesperrt, gefoltert, in Haft gehalten und allen nur möglichen Formen der Mißhandlung ausgesetzt. Im Zuge von Chinas Vorgehen gegen religiöse und spirituelle Bewegungen werden Einzelpersonen wegen Handlungen verdächtigt oder angeklagt, die im Grunde genommen nichts anderes sind, als daß sie ihr Recht auf Religions-, Rede-, und Freiheit der Versammlung und Vereinigung wahrnehmen – und dafür werden sie nun bestraft.

Diese ernst zu nehmenden Einschränkungen der religiösen und politischen Freiheit werden auf den höchsten Ebenen der KP Chinas beschlossen. Viele der neuen Staatsführer, darunter auch Präsident Hu Jintao, gehörten selbst zu denjenigen, welche die repressive Politik in Sachen Religion und ethnische Minderheiten formulierten und sie rigoros in die Tat umsetzen ließen. Allein schon diese Tatsache – wobei noch hinzukommt, daß viele von Jiang Zemins engsten Genossen immer noch die Schlüsselpositionen in den Abteilungen für religiöse Angelegenheiten und Justizreform innehaben – signalisiert, daß die Aussichten auf eine baldige Besserung bei Chinas Handhabung der Religionsfreiheit minimal sind. Die USCIRF äußerte sogar die Befürchtung, Chinas Verhalten in dieser Sache könnte gar noch schlimmer werden.

Die Führung in Peking befürchtet, der tibetische Buddhismus könnte den nationalistischen Gefühlen in der monastischen Gemeinschaft Auftrieb geben, und beschneidet daher die religiöse Freiheit in krassester Weise. Diese offizielle Befürchtung ist als das Hauptmotiv hinter vielen der

religionspolitischen Maßnahmen Pekings in Tibet zu sehen. Die enge Beziehung zwischen Buddhismus und Nationalitäten-Angelegenheiten beunruhigt die Behörden schon seit Mitte der achtziger Jahre und ist der Schlüssel für die Regierungspolitik in allen tibetisch besiedelten Gegenden der PRC geblieben. Die kulturelle Identität der Tibeter ist von ausgesprochen buddhistischem Charakter, wodurch sie unausweichlich mit der atheistischen Weltsicht der kommunistischen Herrscher in China in Konflikt geraten muß. Die traditionelle tibetische Konzeption einer gemischten säkular-religiösen Herrschaftsform mit dem Dalai Lama als dem religiösen und dem weltlichen Oberhaupt an der Spitze bietet hier zusätzlichen Zündstoff¹.

Das Hauptgewicht der religiösen Unterdrückung hat sich in letzter Zeit von der TAR auf die östlichen Gebiete des traditionellen tibetischen Lebensraums wie etwa die Provinz Sichuan verlagert. Im Laufe der Jahre hat sich immer wieder gezeigt, daß die Behörden in den Regionen, die politisch besonders aktiv sind, weit häufiger und härter gegen die religiöse Freiheit vorgehen.

Die chinesischen Behörden pflegen Tibeter sowohl wegen ihrer religiösen Überzeugung und Praxis als auch aus sogenannten politischen Gründen festzunehmen. Man sieht dies daran, daß fast 90 % der derzeit inhaftierten politischen Gefangenen Mönche und Nonnen sind. Geistliche werden, wie auch die USCIRF ausgeführt, weiterhin wegen ihres Glaubens eingesperrt, gefoltert und anderen Formen der Mißhandlung ausgesetzt.

Daß sich unter den Festgenommenen ein so hoher Prozentsatz an Geistlichen befindet, kommt daher, daß sie dem Dalai Lama, dem im Exil lebenden Oberhaupt Tibets und dem Symbol des tibetischen Buddhismus, offen ihre Loyalität bekunden. Schon so harmlose Akte wie der Besitz und das Aufstellen oder Aufhängen von Dalai Lama Bildern, die Abhaltung von Gebetszeremonien für sein langes Leben oder die Weigerung, ihn während der politischen Umerziehungskurse zu verunglimpfen, haben ein hartes Durchgreifen zur Folge.

Peking sieht den Dalai Lama als den zentralen Faktor hinter allen "spalterischen Aktivitäten" in Tibet. Die Chinesen ließen bei dem dritten Arbeitsforum zu Tibet 1994 keinen Zweifel an ihrem offiziellen Anti-Dalai-Lama Kurs und führten ihre damals formulierte Politik mit der Kampagne zur "patriotischen Erziehung" fort, die 1996 begann. Auch das vierte Arbeitsforum zu Tibet von 2001 verabschiedete einen Beschluß zur "weiteren Bekämpfung von Spaltertum" und schlug "spezielle Maßnahmen vor, um die Illusionen über die Dalai Clique zu zerstören und den Einfluß des Dalai auf die religiös Gläubigen zunichte zu machen"². In einer vom chinesischen Außenministerium abgegebenen Erklärung heißt es: "Der Dalai Lama ist nicht nur eine religiöse Gestalt, sondern ein politischer Langzeit-Exilant, der separatistische Aktivitäten betreibt"³.

China führt seine patriotische Erziehungs-Kampagne immer noch in einer Reihe von tibetischen Klöstern durch und hält damit die Geistlichkeit unter Kontrolle. Es mag allerdings sein, daß die Häufigkeit und die Heftigkeit, mit der die "Arbeitsteams" die Klöster heimsuchen, etwas nachgelassen hat. Nun gibt es aber leider viel weniger Informationen über das Geschehen in Tibet als früher, weil China alles daran gesetzt hat, die Grenze zu Nepal für Flüchtlinge unpassierbar zu machen, so daß deren Zahl beträchtlich zurückgegangen ist.

Die in den Klöstern eingerichteten Demokratischen Verwaltungsräte (*Democratic Management Committees, DMC*) versuchen das Denken und die Aktivitäten der Mönche und Nonnen zu kontrollieren mit der Absicht, den tibetischen Buddhismus zu einer Art "Staatsreligion" chinesisch-kommunistischer Prägung zu machen. Kommunistische Kader wählen die Mitglieder der DMC einzeln aus, denn sie sind diejenigen, welche die religiösen und administrativen Angelegenheiten des Klosters zu bestimmen haben. Sie haben die traditionelle Rolle der Äbte an sich gerissen und sind an die Stelle der von China eingesetzten "Arbeitsteams" früherer Jahre getreten.

2003 erreichten das TCHRD Informationen, die deutlich machen, in welchem Ausmaß die Religionsfreiheit und die Menschenrechte derjenigen, die ihre Religion praktizieren wollen, verletzt werden:

- Die Hinrichtung des einstigen Mönches und späteren Geschäftsmanns Lobsang Dhondup im Januar 2003.

¹ TIN, Briefing Paper, Relative Freedom? Tibetan Buddhism and Religious Policy in Kardze, Sichuan, 1987-1999.

² Min Pao, "Die zentralen Regierungsbehörden halten das vierte Arbeitsforum zu Tibet ab, um den religiösen Einfluß des Dalai Lama zu neutralisieren", Internet-Version auf Chinesisch, Hong Kong, 19. Mai 2001.

³ AP (USA), "Dalai Lama not shunned", 11 Sept. 2003, Christopher Bodeen, www.sfgate.com.

- Der Tod des Mönches Nyima Drakpa, der eine 9-jährige Strafe zu verbüßen hatte, in der Haft.
- Die Festnahme von Mönchen aus der Provinz Sichuan wegen der Durchführung von Gebetsversammlungen für den Dalai Lama.
- Restriktionen bei traditionellen tibetischen Festen und kulturellen Ereignissen.
- Die Schließung einer Klosterschule in Osttibet.
- Die Vertreibung der Eremiten aus der Chaksam Chori Einsiedelei an der Grenze des Landkreises Lhoka Gongkar zu Chushul.

Die verschärfte Umsetzung des Verbots von Dalai Lama Bildern in Osttibet hat bei den Tibetern in der ganzen Welt Besorgnis hervorgerufen. Die Tibetische Regierung-im-Exil appellierte an die chinesische Regierung, das Verbot aufzuheben.

Bei der 59. Sitzung der UN Menschenrechtskommission äußerten Kanada und die EU nebst einigen anderen Ländern ihre Besorgnis, daß "der Bevölkerung in Tibet religiöse und kulturelle Rechte vorenthalten werden", sowie über die fortgesetzten Berichte vom "Fortdauern und dem gewaltigen Ausmaß der Einschränkung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Religionsfreiheit"⁴.

Die offizielle Behauptung, daß sich "der Buddhismus eines goldenen Zeitalters in China"⁵ erfreue, straft daher die tatsächliche Lage in Tibet Lügen. Am 14. April 2003 gab Si Ta, der Vertreter der chinesischen Delegation bei der 59. Sitzung der UNCHR, folgende Erklärung ab: "Was die Religion betrifft, so achtet und schützt der Staat voll und ganz die Freiheit der religiösen Überzeugungen der ethnischen Minderheiten und ihre religiösen Aktivitäten. Gegenwärtig gibt es 1.700 Stätten für religiöse Betätigung in Tibet, in denen sich über 46.000 Personen befinden, während Xinjiang über 23.000 Moscheen mit 29.000 religiösen Bediensteten vorweisen kann. Die Politik der chinesischen Regierung zugunsten der Freiheit religiöser Überzeugung wird von den religiösen Kreisen der ethnischen Minderheiten und der breiten Masse der Gläubigen aus ganzem Herzen unterstützt".

Während die chinesische Verfassung den Bürgern die "Freiheit des religiösen Glaubens" zugesteht, schützt sie nicht das Recht, diesem Glauben Ausdruck zu verleihen. Dies verdeutlicht, wie wichtig es ist, daß China den Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte, den es 1998 unterzeichnete, auch ratifiziert, denn dieser enthält explizite Bestimmungen über das Recht auf die Freiheit des Denkens, des Gewissens und der Religion. In den Richtlinien über Religionspolitik, die bei dem dritten Arbeitsforum zu Tibet bekanntgegeben und später von dem Parteiorgan der TAR in einem Bulletin mit Titel "Eine Goldene Brücke zu einem neuen Zeitalter" veröffentlicht wurden, ist auch von der großen Besorgnis der Regierung über die anhaltende Popularität des tibetischen Buddhismus die Rede. Das vierte Arbeitsforum zu Tibet hat die auf dem dritten aufgestellten politischen Richtlinien bekräftigt.

Das harte Durchgreifen gegen die religiös Gläubigen scheint von den höchsten Regierungskreisen gutgeheißen zu werden. In der Tat werden alle religiösen Aktivitäten – etwa der Kontakt mit ausländischen religiösen Organisationen, die Ausbildung und Ernennung von geistlichen Würdenträgern und die religiöse Erziehung der Kinder im Sinne der Überzeugungen ihrer Eltern – durch das Gesetz, den politischen Kurs und das Vorgehen des Staates drastisch eingeeengt⁶.

Die chinesische Regierung behält die strenge Kontrolle über religiöse Aktivitäten und die Stätten der Anbetung in Tibet bei, was auch von der USCIRF bestätigt wird. Der frühere chinesische Premierminister Zhu Rongji betonte, daß "illegale religiöse Aktivitäten unterbunden werden müssen, und

⁴ Tibet Bureau, Geneva, Tibet: 59th Session of the UN Commission on Human Rights, May 2003, under title "European Union and other countries raise Tibet at UN Human Rights Forum".

⁵ Meister Yicheng, der Präsident der Buddhistischen Vereinigung Chinas, sagte: "Die Entwicklung des Buddhismus ist eng mit dem Fortschritt der Gesellschaft und dem Gedeihen der Wirtschaft verbunden. Die volle Umsetzung der Politik der Freiheit der religiösen Überzeugung und eine nachhaltige und stabile soziale und politische Atmosphäre haben Chinas Buddhismus in eine goldene Ära geführt. Buddhisten sollten ihre Religion und ihr Land auf eine Art und Weise, wie sie der Zeit entspricht, lieben. Heutzutage sind unsere Grundprinzipien, dem Gesetz Respekt zu zollen, gute Beziehungen unter den Nationalitäten aufrecht zu erhalten, die Integration des Mutterlandes zu fördern und beim Aufbau des Sozialismus mitzuhelfen".

⁶ CRF News Update: Jan – Mar 2003, compiled by Amy Tai, HRIC, China's Right Forum, The Journal of Human Rights in China, No. 1, 2003.

wo ein Verbrechen begangen wird, es geahndet werden muß. Religiöse Angelegenheiten sollten gemäß dem Gesetz geregelt werden. Die Freiheit des religiösen Glaubens sollte gut umgesetzt werden”⁷.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sieht vor, daß “jeder Mensch Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit hat; dieses Rechte umfaßt... die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, in der Öffentlichkeit oder privat, durch Lehre, Ausübung, Anbetung und Vollziehung von Riten zu bekunden” (Art. 18). Die Konvention über die Rechte des Kindes sieht vor: “Die Vertragsstaaten achten das Recht des Kindes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit” und: “Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit oder Sittlichkeit oder der Grundrechte und Freiheiten anderer erforderlich sind” (Art. 14). Auch die UN-Erklärung von 1981 über alle Formen der Intoleranz und Diskriminierung aufgrund von Religion oder Glauben garantiert ausdrücklich diese Rechte.

Kreuzzug gegen den Dalai Lama

Peking attackiert den Dalai Lama sowohl wegen seiner politischen als auch seiner religiösen Rolle. Bereits in früheren chinesischen Erklärungen stand: “Der Zweck des Buddhismus ist, alle Lebewesen auf friedliche Weise zum Heil zu führen. Nun, wo der Dalai und seine Clique diese religiöse Doktrin verletzen und sogar Gerüchte verbreitet haben, um die Leute zu täuschen und gegeneinander aufzuhetzen, wie kann er da noch als ein spiritueller Führer betrachtet werden?... Was den Dalai betrifft, so gehört stets die tibetische Unabhängigkeit zu den Lehren, die er in seinen Predigten von sich gibt, ... wobei er heftig versucht, die Massen mit seiner göttlichen Kraft zu vergiften und zu betören.... Derartige flagrante Täuschungsmanöver und demagogische Hetzreden sind nichts als eine Blasphemie des Buddhismus”⁸.

Das TCHRD ist der Ansicht, daß Pekings Standpunkt und Politik gegenüber dem Dalai Lama immer gleich geblieben sind, nur daß die Publizisten der PRC in ihrem Bemühen, ein gutes internationales Image aufzubauen, nun gewitzter geworden sind. China stößt unweigerlich jedes Mal, wenn der Dalai Lama einen Staatspräsidenten oder einen wichtigen Politiker trifft, seine üblichen Drohungen und Einwände aus und zögert auch nie, eine offizielle Anti-Dalai-Lama Erklärung abzugeben.

Im Menschenrechtsbericht des *US State Department* von 2003 heißt es jedoch, daß sich der “harsche Ton der rhetorischen Worttiraden gegen den Dalai Lama und seine Führung einer Exilregierung etwas verändert habe, seitdem die Regierung in Peking Gesandte des Dalai Lama eingeladen hat, Tibet und andere Gegenden Chinas zu besuchen”. Das TCHRD ist der Ansicht, daß sich das frühere Toben und Geifern der chinesischen Funktionäre gegen den Dalai Lama zwar 2003 etwas gemäßigt hat, jedoch nicht grundlegend anders geworden ist.

In Tibet selbst hat Peking die Anti-Dalai-Lama Kampagne verschärft und ihren Umfang über die TAR hinaus in die politisch aktiveren Tibetisch-Autonomen Präfekturen ausgeweitet. China startete seine Anti-Dalai-Lama-Kampagne 1996 mit den Klöstern als der ersten Zielscheibe. Bei den politischen Umerziehungskursen zwingen chinesische Kader die Mönche und Nonnen, sich vom Dalai Lama abzuwenden.

Die Anti-Dalai-Lama-Kampagne wurde bei dem dritten Arbeitsforum zu Tibet im Juli 1994 institutionalisiert. Zwei Jahre später fand sie ihre Bestätigung in dem “Entwurf zum Fünfjahresplan der Autonomen Region Tibet für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und seiner langfristigen Zielsetzung für 2010”, der auf der vierten Sitzung des sechsten regionalen Volkskongresses am 24. Mai 1996 gebilligt wurde⁹. In einem Kapitel über Separatismus wird der Dalai Lama als der “Hauptbösewicht” bezeichnet, der “öffentlich bloßgestellt und kritisiert ... und dem der Deckmantel eines religiösen Führers vom Leibe gerissen werden muß”.

Einer Reuters Meldung aus Peking vom 17. November 2003 zufolge sagte der kommunistische Parteichef der TAR Guo Jinlong: “Der Dalai Lama macht auf der einen Seite ein riesiges Getue um

⁷ AFP Beijing, “China vows to stop illegal religious activities”, 13 Jan 2003.

⁸ Nach der chinesischen Version von Tibet Daily: “Begriffe die wahre Natur der Dalai-Clique, widersetze dich dem Spaltertum und erhalte die Stabilität”, 10 März 1995 (siehe “Tibet Authorities to crack down on religion, splittism”, SWB, 28 March 1995. Drei Tage später erschien eine tibetische Version desselben Artikels in Tibet Daily).

⁹ Published in FBIS, 7 Juni 1996, “Tibet Five-Year Plan, and long-range target”.

Gespräche mit uns, und auf der anderen stärkt er die Infiltration und gewalttätige terroristische Aktivitäten. In Tibet hat die Stabilität den Vorrang vor allem anderen. Stabilität ist die Vorbedingung für Entwicklung". Konkrete Beispiele für "Infiltration und gewalttätige terroristische Aktivitäten" nannte er allerdings keine, oder wie sich diese in der besetzten Region zugetragen oder wie sie mit dem Dalai Lama in Verbindung gestanden haben sollen¹⁰.

Die religiöse Unterdrückung läßt in diesem Jahr ein Muster erkennen, das auf eine Intensivierung der Anti-Dalai-Lama Hetze hinzuweisen scheint. Außerdem hat sich seit 2001 der Brennpunkt der Unterdrückung der Religion in Richtung der osttibetischen Provinz Sichuan verlagert, die sich in der Vergangenheit einer gewissen religiösen Freiheit erfreute. Drei der prominentesten religiösen Persönlichkeiten – Geshe Sonam Phuntsok (verbüßt eine fünfjährige Gefängnisstrafe), Tulku Tenzin Delek (ist zum Tode mit zweijährigem Aufschub verurteilt) und Khenpo Jigme Phuntsok (der anfänglich, während sein Serthar Institut niedergerissen und die Studenten vertrieben wurden, incommunicado festgehalten wurde, jedoch im Januar 2004 verstorben ist) – wurden wegen ihrer Treue zum Dalai Lama zur Zielscheibe der chinesischen Behörden.

Bilder des Dalai Lama werden dem Volke verboten

Die chinesischen Behörden haben im Rahmen ihrer Anti-Dalai-Lama Kampagne alle Bilder des Dalai Lama geächtet. China sprach dieses Verbot offiziell im November 1994 aus, als Regierungsangestellten sogar verboten wurde, seine Bilder zu besitzen und bei sich zu Hause aufzustellen. Wie den Aussagen von Flüchtlingen zu entnehmen ist, wird dieses Verbot in gewissen Distrikten der TAR, sowie in der Provinz Sichuan sehr rigoros gehandhabt.

Im November 2003 forderte die chinesische Regierung die Bewohner aller Dörfer und Gemeinden der Distrikte Kardze und Lithang in der TAP Kardze, Sichuan, auf, Darstellungen des Dalai Lama innerhalb eines Monats abzuliefern, und drohte ihnen bei Mißachtung der Anordnung mit der Konfiszierung ihres Grund und Bodens. Am 11. November 2003 forderten die Lokalbehörden und Arbeitsteam-Kader, daß alle Aktivitäten für ein unabhängiges Tibet sowie Ehrfurchtsbezeugungen jedweder Art für den Dalai Lama ab sofort und gänzlich zu unterbleiben hätten. Bei einem am folgenden Tag abgehaltenen Meeting drohten sie: "Wenn nach Ablauf der Frist in irgendeinem Haus noch Dalai Lama Portraits gefunden werden, dann wird die betreffende Familie ihr Land verlieren".

Vermutlich beriefen die Behörden diese Meetings ein, nachdem eines schönen Tages im Oktober eine tibetische Nationalflagge an einem Strommast im Distrikt Kardze wehte. Die Bewohner von Kardze und Lithang – überwiegend eine agrarische Region – leben seit Generationen von dem Ertrag ihrer Felder. Da ihr Grund und Boden nun von der Beschlagnahmung bedroht ist, fürchten die Gemeinden um ihren weiteren Lebensunterhalt.

Verhaftungen wegen des Dalai Lama

Zahlreiche Personen wurden im Zuge der Anti-Dalai-Lama Kampagne in Tibet festgenommen, weil sie entweder Bilder des Dalai Lama aufgestellt, Videos oder Tonkassetten mit Reden von ihm besaßen oder "Lange lebe der Dalai Lama" gerufen oder Gebetszeremonien für ihn durchgeführt hatten. Die chinesischen Behörden betrachten derartige eigentlich ganz harmlose Handlungen als "Verbrechen", welche die Staatssicherheit gefährden. Im Dalai Lama sehen sie das Symbol und die eigentliche Verkörperung des tibetischen Buddhismus unserer Zeit. Da 95 % der tibetischen Bevölkerung immer noch überzeugte Buddhisten sind, liegt es auf der Hand, daß der Dalai Lama bei dem Volk überwältigende Verehrung als spirituelles Oberhaupt genießt.

Am 29. August 2003 verurteilte das Mittlere Volksgericht der TAP Ngaba, Provinz Sichuan, vier Mönche aus dem Kloster Khangmar zu Haftstrafen zwischen 8 und 12 Jahren¹¹. Die Mönche wurden Mitte Januar 2003 festgenommen, weil sie ein Gebetsritual für das lange Leben des Dalai Lama und für die erfolgreiche Vollendung seiner Kalachakra-Belehrungen¹² in Bodh Gaya, Indien, abgehalten hatten. Wie

¹⁰ Tibetan Review, "China cites Dalai Lama in anti-terror drill", Dec 2003.

¹¹ Das Kloster Khangmar liegt in der Gemeinde Sangkar, Distrikt Marthang, TAP Ngaba, Provinz Sichuan. Es beherbergt um die 120 Mönche und bis zu der genannten Festnahme war es abgesehen von gelegentlichen Routinebesuchen relativ frei von Eingriffen der chinesischen Behörden.

¹² Die Lehre vom "Rad der Zeit" des tibetischen Buddhismus.

berichtet, sollen 10 Mönche gerade in der Gebetshalle des Klosters zu der Zeremonie versammelt gewesen sein, als die Distriktpolizei ins Kloster eindrang. Die Polizeioffiziere nahmen die Mönche sofort fest und durchsuchten ihre Wohnräume, wobei sie sowohl Bilder des Dalai Lama als auch des umstrittenen 11. Panchen Lama entdeckten. Auf diese Verhaftungswelle hin wird das Kloster nun wahrscheinlich streng überwacht werden, und mit weiteren Festnahmen ist zu rechnen.

Beim Volk besonders beliebte Lamas sind Zielscheibe der Verfolgung

In den letzten Jahren wurde deutlich, daß China es besonders auf die religiösen Schlüsselfiguren der jeweiligen Gegend abgesehen hat. Mehrere prominente religiöse Führungspersönlichkeiten wie Tulku Tenzin Delek, Geshe Sonam Phunsok und Khenpo Jigme Phuntsok sind aufgrund ihrer persönlichen Überzeugung und ihrer führenden Rolle in der Gesellschaft Opfer staatlicher Verfolgung geworden und leiden für ihren Glauben und ihre Bekanntheit. Gedhun Choekyi Nyima, der 14-jährige (am 25. April 2004 wurde er fünfzehn) vom Dalai Lama anerkannte Panchen Lama, befindet sich seit 1995 an einem geheim gehaltenen Ort in chinesischem Gewahrsam.

Die Politisierung der Reinkarnation

Nachdem der Dalai Lama 1959 ins Exil geflohen war, begann der 10. Panchen Lama eine wichtige Rolle in Tibet zu spielen. Die Beziehung zwischen dem Dalai Lama und dem Panchen Lama ist sowohl von historischer als auch religiöser Bedeutung. Peking läßt daher nichts unversucht, um die Sache mit der Reinkarnation des Panchen Lama zu manipulieren und hält den echten 11. Panchen Lama unter Verschuß, während es seinen eigenen Kandidaten fördert.

Am 14. Mai 1995 verkündete der Dalai Lama Gedhun Choekyi Nyima als die Reinkarnation des 10. Panchen Lama, der 1989 verstorben war. Drei Tage später waren der Knabe und seine Eltern aus ihrem Haus verschwunden. Ein Jahr später, im Mai 1996, gab die PRC zu, daß sie den 11. Panchen Lama "auf Bitten seiner Eltern" hin in Gewahrsam halte, weil "er Gefahr laufe, von Separatisten entführt zu werden und seine Sicherheit bedroht sei". Obwohl sie also die Autorität des Dalai Lama bei der Wahl von Gedhun Choekyi Nyima als dem 11. Panchen Lama ablehnt und ihn nicht als die wahre Wiedergeburt anerkennen will, räumt die chinesische Regierung ein, daß sie das Kind festhält. Es ist paradox, warum die Chinesen sich so sehr um die "Sicherheit" eines Kindes bemühen, das sie "nur als einen gewöhnlichen Jungen" betrachten. Im Dezember 1995 bestimmte die Regierung der PRC ihren eigenen Panchen Lama – ein Kind namens Gyaltsen Norbu.

Bei der Kampagne zur patriotischen Erziehung, die von der PRC im Mai 1997 überall in Tibet in den Klöstern gestartet wurde, werden die Mönche und Nonnen aufgefordert, den von China eingesetzten Panchen Lama zu akzeptieren und Gedhun Choekyi Nyima abzulehnen. Jüngste Berichte von Flüchtlingen aus Tibet und von unabhängigen Reisenden lassen darauf schließen, daß die Bilder des von den Chinesen ernannten Panchen Lama auf dem ganzen Hochplateau in den Hauptklöstern und Touristenhotels an sichtbarer Stelle ausgestellt sind. Der inzwischen verstorbene Lobsang Damchoe¹³ war 1996 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er offen für Gedhun Choekyi als den echten Panchen Lama eingetreten war.

Viele Politiker, Diplomaten und hochrangige ausländische Delegierte haben ihrer Besorgnis darüber Ausdruck verliehen, daß der Panchen Lama immer noch an unbekanntem Ort festgehalten wird, darunter auch die frühere UN Hochkommissarin für Menschenrechte. Im August 2002 erklärte Mary Robinson bei ihrem letzten offiziellen Besuch als Hochkommissarin in China der Weltpresse, daß sie den Fall des damals 13 Jahre alten Panchen Lama der chinesischen Seite vorgetragen habe, die lediglich geantwortet hätte, der Junge sei gesund, und seine Eltern wünschten nicht, daß er gestört werde. "Ich drängte darauf, daß wenigstens seine Eltern sich melden könnten, damit man irgendeine Möglichkeit habe, die Lage zu überprüfen, die Anlaß zu echter Besorgnis gibt", berichtete Robinson.

¹³ Lobsang Damchoe starb am 31. Januar 2003 im Alter von 65 Jahren nach langem Siechtum in Gyantse. Als überzeugter Verfechter der Gerechtigkeit unterstützte Lobsang trotz schwerer Restriktionen seitens der chinesischen Behörden Gedhun Choekyi Nyima offen als die Wiedergeburt des Panchen Lama. Lobsang wurde 1997 aus medizinischen Gründen aus der Haft entlassen.

Die Chinesen gingen auf ihre Bitte nicht ein, noch reagierten sie auf andere internationale Appelle, daß ein unabhängiges Gremium wie etwa das Komitee für die Rechte des Kindes zu dem Knaben gelassen werde, um sich seines Verbleibs und Wohlbefindens zu vergewissern¹⁴. China mag auch in diesem Jahr bei der 59. UN Menschenrechtskommission wieder der Verurteilung seiner Menschenrechtspraxis entgangen sein, das völlige Verschwinden eines Kindes beweist dennoch, wie verlogen die Behauptung dieser Nation ist, in Tibet werde die Religionsfreiheit respektiert.

Die chinesische Regierung hat aus der Frage der Reinkarnation ein politisches Thema gemacht und die Position des Dalai Lama als "quasi-politische Kontrolle über Klöster oder geographische Gebiete" gekennzeichnet, statt das System der traditionellen religiösen Autorität und Praxis als ein Faktum zu akzeptieren, ganz zu schweigen von einem Verstehen der Unterschiede zwischen den verschiedenen Schulen des tibetischen Buddhismus.

Auf die Religion bezogene Bestimmungen, die in den "Sichuan-Maßnahmen" von 1987 aufgeführt sind, enthalten im Art. 6.7 ein pauschales Verbot der Anerkennung von Tulkus (Wiedergeburten): "Den Klöstern ist nicht gestattet, reinkarnierte Rinpoches, die im Ausland oder von Personen, die ins Land zurückkehrten, bestimmt wurden, anzuerkennen, noch dürfen sie die Inthronisations-Riten für sie durchführen". Das Problem eskalierte nach dem am 28. Januar 1989 eingetretenen Tod des 10. Panchen Lama¹⁵. Der Report des Amtes für Religionsangelegenheiten der TAP Karze von 1992 kommentierte: "Die Reinkarnation eines Lebenden Buddhas ist ein wichtiges Thema im tibetischen Buddhismus. Es sollte gewissenhaft in Übereinstimmung mit dem Geist des staatlichen Dokuments 39 von 1991 behandelt werden, wobei der Grundsatz 'Reinkarnation darf es geben, doch nicht bei allen Lamas' strikt eingehalten werden muß"¹⁶.

Trotz ihres erklärten Atheismus betrachtet sich die chinesische Kommunistische Partei als befugt, über "den Prozeß der Wiederverkörperung von Buddhisten" zu wachen und die Identifizierung reinkarnierter Lamas zu kontrollieren. Um dem von der chinesischen Regierung ausgewählten Panchen Lama mehr Popularität beim Volke zu verschaffen, übten die Behörden nun heftigen Druck auf vier hochrangige Mönche¹⁷ aus, die mit dem vorigen Panchen Lama verbunden waren, und legten ihnen nahe, sich an dem Auswahlprozeß zu beteiligen und ihren Prätendenten gutzuheißen¹⁸.

¹⁴ Schriftliches Statement der "International Fellowship of Reconciliation" (IFOR), einer NGO mit besonderem Beraterstatus bei der 59. Sitzung der Menschenrechtskommission, 2003; Punkt 9 der provisorischen Tagesordnung, Frage der Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in irgendeinem Teil der Welt.

¹⁵ TIN, *Relative Freedom? Tibetan Buddhism and Religious Policy in Kardze, Sichuan, 1987-1989*, S. 12.

¹⁶ Ibid. S. 13: "... Erstens müssen wir die Propaganda verstärken, um die große Schar der Kader, die Massen und Personen des religiösen Lebens dazu zu bringen, daß sie die Politik, die sich auf die Bedeutung und die Erfordernisse der Reinkarnation von Lebenden Buddhas bezieht, verstehen, und wir müssen, was die Reinkarnation von Lebenden Buddhas betrifft, den Geist der Rundschreiben und der darin enthaltenen Bestimmungen in unsere tatsächliche Arbeit integrieren. Zweitens müssen wir den Arbeitsmethoden Achtung schenken und den Fortschritt sehen. Wir sollten neue Lebende Buddhas innerhalb der Grenzen erlaubter Reinkarnation akzeptieren, und separat die korrekte Folge für die Reinkarnation bestimmen. (1) Keine im Ausland erfolgte Anerkennung eines reinkarnierten Kindes oder von solchen, die selbst im Ausland leben, darf akzeptiert werden. (2) Diejenigen, welche im Land leben, die den Bestimmungen und Bedingungen entsprechen und als Reinkarnationen bestätigt wurden, können gebührend als 'kindliche Wiedergeburt' akzeptiert und anerkannt werden, aber wir müssen die Prozeduren streng prüfen und billigen. (3) Es gibt einige Klöster, wo ein reinkarniertes Kind bereits im Ausland anerkannt wurde. In einem solchen Fall können wir ein anderes bestimmen, der religiösen Zeremonie folgend Lose werfen und nach Prüfung durch die Regierung und deren Billigung eines von ihnen ernennen. (4) Hinsichtlich derer, die bereits ein 'fait accompli' sind, die von den Massen anerkannt werden, und wo es schwierig wäre, unmittelbar ein anderes zu bestimmen, mag es eine vorübergehende Verzögerung bei der Handhabung der Sache geben. (5) Wir sollten die erzieherische Arbeit hinsichtlich der Kinder-Reinkarnationen, die schon anerkannt sind, verstärken, wir sollten dafür sorgen, daß sie zu einer neuen Generation von patriotisch gesinnten religiösen Persönlichkeiten der neuen Ära heranwachsen. (6) Bei der Anerkennung von Lebenden Buddhas sollten wir uns strikt vor extravaganten Zeremonien hüten und keine Verschwendung treiben".

¹⁷ Diese vier höherrangigen Mönche waren nicht willens, den Kandidaten Pekings, welcher ein Sohn von zwei getreuen Parteikadern ist, zu akzeptieren. Agya Rinpoche, der Abt des Klosters Kumbum, in dem der 10. Panchen Lama einen großen Teil seiner Kindheit verbracht hatte, setzte sich ins Exil in die USA ab, nachdem er sich geweigert hatte, den Dalai Lama anzuschwärzen und Pekings Panchen zu fördern. Chadrel Rinpoche, der einflußreiche Abt des dem Panchen Lama eigenen Klosters Tashi Lhunpo wurde wegen angeblicher heimlicher Kontakte zum Dalai Lama öffentlich als Feind des Mutterlandes verdammt, und steht jetzt unter Hausarrest. Gunthang Rinpoche, ein angesehener religiöser Gelehrter aus Labrang Tashi Khyil, ist ernstlich erkrankt.

¹⁸ Patrick French, *Tibet, Tibet: A Personal History of a Lost Land*, Chapter 5, pp 59-60.

Der Fall Chadrel Rinpoche

China hält weiterhin die religiösen Persönlichkeiten, die mit der Kontroverse über die Anerkennung des 11. Panchen Lama vertraut sind oder gar einen persönlichen Anteil daran haben, unter strenger Kontrolle. Deshalb unternimmt die Regierung alles, was sie nur kann, um ihre Politik in Sachen Panchen-Lama-Reinkarnation, sowie den derzeitigen Aufenthaltsort des vom Dalai Lama anerkannten Knaben geheimzuhalten.

Chadrel Rinpoche ist der vormalige Abt des Klosters Tashi Lhunpo in Shigatse, TAR. Auf den Tod des 10. Panchen Lama im Januar 1989 hin bestimmte die chinesische Obrigkeit Chadrel Rinpoche zum Vorsitzenden des Suchkomitees für den 11. Panchen Lama. Ausgehend von einer Liste von 30 in Frage kommenden Kandidaten erklärte der Dalai Lama, nachdem er zur Bestimmung der Reinkarnation Divinationen durchgeführt hatte, am 14. Mai 1995 offiziell Gedhun Choekyi Nyima zum 11. Panchen Lama. Chadrel Rinpoche verschwand drei Tage danach, am 17. Mai 1995. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Chen Jian, erklärte damals, Chadrel Rinpoche befinde sich nicht in Polizeigewahrsam, sondern sei "krank und ins Krankenhaus gebracht" worden. Schließlich ernannte die chinesische Regierung im Dezember 1995 ein anderes Kind zum Panchen Lama.

Die erste offizielle Bestätigung der Verhaftung Chadrel Rinpoches erfolgte zwei Jahre später durch Xinhua im Mai 1997. Die offizielle Nachrichtenagentur berichtete, der Mittlere Volkgerichtshof von Shigatse habe den Abt am 21. April 1997 zu sechs Jahren verurteilt. Ein anderer hiervon abweichender Bericht besagte, er sei wegen "Verschwörung zur Spaltung des Landes" und "Weitergabe von Staatsgeheimnissen" zu einer Haftstrafe von sechs Jahren, die am 9. Januar 2000 zu Ende gehen würde, verurteilt worden. Es gab zu dieser Zeit auch inoffizielle Berichte, denen zufolge Chadrel Rinpoche anfänglich im Distrikt Trochu (chin. Heishui) festgehalten und später in das Gefängnis Chuandong No. 3 im Distrikt Tazhu der Provinz Sichuan verlegt worden sei.

Bei einer Runde des Menschenrechtsdialogs mit China im Februar 2001 wurde der britischen Regierung erklärt, das Urteil gegen Chadrel Rinpoche sei 1996 ergangen, weshalb er erst im Januar 2002 entlassen werden könne. Dies steht in offenem Widerspruch zu einer offiziellen Mitteilung an das Amt für Auswärtiges und Commonwealth Angelegenheiten, der zufolge Chadrel Rinpoche 1997 verurteilt worden sei. Diese offizielle Verschleierungstaktik und die widersprüchlichen Aussagen über die Haftzeit, sowie der ungewisse Verbleib des Rinpoche zeigen, von welcher ungeheurer politischen Brisanz der Fall für Peking ist.

Im Februar 2002 hieß es, daß Palden, der Vize-Chef der Abteilung für öffentliche Sicherheit in der TAR, und Dorjee, der Vize-Chef der Polizeibehörde der Präfektur Shigatse, plötzlich im Tashi Lhunpo Kloster, dem traditionellen Sitz des Panchen Lama, aufgetaucht seien. Weiter wird berichtet, sie hätten nach den Schriften und der Gebetskette von Chadrel Rinpoche gefragt, ohne jedoch den Grund für ihre Bitte zu nennen.

Das TCHRD erhielt 2003 die Information, Chadrel Rinpoche stehe an einem abgelegenen Ort (chin. duijian cun) südlich des Dib Militärlagers (tib. sgrub dmag khang) in Lhasa unter Hausarrest. Trotz seiner vermeintlichen Entlassung im Januar 2002 nach der Verbüßung seiner Gefängnisstrafe von 6 Jahren hat nämlich keiner irgend etwas über seinen Verbleib erfahren. Wegen der mangelnden Information in bezug auf seine Entlassung wurde der Abt daher von Menschenrechtsbeobachtern zu einer "verschwundenen Person" erklärt. Dies steht im Widerspruch zu offiziellen chinesischen Quellen, die behaupten, in Übereinstimmung mit dem Gerichtsbeschuß sei er inzwischen freigelassen worden.

Auch Champa Chung, der 56-jährige ehemalige Assistent von Chadrel Rinpoche, wird noch über seine ursprüngliche vierjährige Gefängnisstrafe hinaus in Gewahrsam gehalten. Die chinesischen Behörden nahmen ihn 1995 wegen seiner Rolle bei der Panchen Lama Kontroverse fest und verurteilten ihn 1999 zu 4 Jahren Haft, wozu noch 2 Jahre Verlust der politischen Rechte kommen. Aus verlässlicher Quelle wird bestätigt, daß Champa Chung immer noch festgehalten wird. Unter der Bedingung strikter Anonymität berichtet unser Informant: "Er befindet sich immer noch in einer Art von Gewahrsam. Als ich fragte, ob es sich dabei um *las mi rukhag* (Zwangsarbeit, chin: *jiyue*) handle, erhielt ich zur Antwort, es gehe um etwas ganz anderes. Daraus schloß ich, daß er irgendwo im gleichen *gora* oder Gefängnis Komplex festgehalten wird, obwohl er seine Strafe eigentlich verbüßt hat"¹⁹.

¹⁹ Für mehr Information zu dem Fall, siehe www.tchrd.org/press/2003/pr20030828.html.

Tulku Tenzin Deleks “Verbrechen”

Die Festnahme von Tulku Tenzin Delek²⁰ weist darauf hin, daß charismatische und einflußreiche religiöse Führungspersönlichkeiten in Tibet wegen ihrer Fähigkeit, das Vertrauen und die Achtung der Bevölkerung zu gewinnen, zunehmend von den Behörden als Bedrohung angesehen werden. Das scheint sogar dann der Fall zu sein, wenn diese Persönlichkeiten die Autorität des Staates nicht in Frage stellen, sondern sich durch Vermittlung bei lokalen Konflikten verdient gemacht haben, moralische Werte propagieren, die “Harmonie unter den Nationalitäten” fördern und zur Lösung sozialer Probleme beitragen – sich also so verhalten, daß ihr Wirken den Vorgaben der Kommunistischen Partei entspricht. Diese Tendenz wurde bereits in der Provinz Qinghai deutlich (die traditionelle nord-östliche tibetische Region Amdo), wo in den letzten Jahren mehrere religiöse Schlüsselfiguren und Gelehrte, die sich dem Dienst an der Gesellschaft verschrieben hatten und oft stillschweigend sogar noch Amtsträger unterstützten, festgenommen wurden²¹.

Tulku Tenzin Delek erregte das Mißfallen der Behörden wegen seiner offen bekundeten Loyalität zum Dalai Lama und seines überall hoch geschätzten Wirkens für die soziale Wohlfahrt. Der Tulku war bei der Bevölkerung durch seine sozial ausgerichteten Tätigkeiten, wie der Restauration und dem Bau von Klöstern, der Errichtung von Waisenhäusern, eines Heims für ältere Menschen und seiner Kampagnen für den Umweltschutz sehr populär. Es wurde berichtet, daß China wegen seiner Beliebtheit mißtrauisch wurde und befürchtete, sein Einfluß könnte die Tibeter der Gegend politisch wieder aktiv werden lassen.

Schon zuvor hatten die Behörden versucht, gegen den Tulku vorzugehen, doch er entzog sich der Festnahme, indem er sich versteckte, während die Menschen der Gegend eine Massen-Petition starteten und forderten, daß man ihn in Freiheit leben lasse. Die Chinesen warfen Tulku Tenzin Delek und seinem ehemaligen Schüler Lobsang Dhondup²² fälschlicherweise vor, eine Reihe von Bombenattentaten in der Provinz Sichuan geplant und organisiert zu haben. Lobsang Dhondup wurde am 26. Januar 2003 hingerichtet und der Tulku mit einem Aufschub von 2 Jahren zum Tode verurteilt.

Lochoe Drime, ein ehemaliger Helfer von Tulku Tenzin Delek, bezeugte dem TCHRD nach seiner Flucht aus Tibet 2003:

“Die Behauptung, daß Tulku Tenzin Delek hinter einer Reihe von Sprengstoffanschlägen im April 2002 stehe, ist völlig absurd. Das ist eine rein erfundene Anklage gegen den Tulku und die anderen vier Verhafteten. Der Tulku war uns stets ein Vorbild für die Erhaltung der tibetischen Kultur und Identität. Er ist eine Verkörperung aller lebenden Gottheiten. Er genießt wegen seines sozialen Engagements hohes Ansehen. Dank seiner steten Bemühungen um die Erhaltung der tibetischen Kultur auf jede nur erdenkliche Weise erreichte er in kürzester Zeit Ungeheueres. Die Leute lieben und respektieren den Tulku wegen seiner wohlthätigen Werke. Er war gleichsam ein Retter des tibetischen Volkes, und die unbegründeten und ungerechtfertigten schweren Beschuldigungen gegen ihn und die darauffolgende Verurteilung sind ein direkter Angriff auf das tibetische Volk. Der Tulku nahm niemals Hilfe von außerhalb Chinas an, obwohl man sie ihm angeboten hatte. Noch hat er einen Pfennig von der chinesischen Regierung angenommen. Er führte seine sozialen Aktivitäten dank der großzügigen Spenden seiner Anhänger und Unterstützer durch. Alles, was er von den Leuten bekam, hat er für den Bau von Schulen, Altersheimen, Waisenhäusern und Ambulanzen (die freie Behandlung anbieten) verwendet. Seine besondere Fürsorge galt den Armen. Tulku Tenzin Delek und Lobsang Dhondup haben sich strafrechtlich nichts zuschulden kommen lassen. Die Chinesen dulden nicht, daß die tibetische Kultur gedeiht. Sie argwöhnten, der Tulku könnte ihre Autorität in Frage stellen. Deshalb gingen sie so hart gegen ihn vor. Es gibt sonst keinen Grund, warum sie ihn verhaftet hätten”²³.

Tibetan Buddhism and Religious Policy in Kardze, Sichuan Province, 1987-1989, eine Veröffentlichung vom Tibet Information Network, macht deutlich, wie der Staat den vermeintlichen Zusammenhang zwischen Religion und Politik als Bedrohung empfindet: “... die Bemühungen der Behörden in Kardze konzentrieren sich auf zwei zentrale Punkte. Die Absicht des Staates, die religiösen Aktivitäten zu kontrollieren, und seinen Wunsch, der Aktivität von Dissidenten oder Separatisten ein Ende zu setzen. Weil die Belange von Religion und Nationalität in den tibetischen Gebieten so eng miteinander

²⁰ Weitere Information siehe Broschüre des TCHRD “Unjust Sentence: A Special Report on Trulku Tenzin Delek”, <http://www.tchrd.org/pubs/trulku/Trulku.pdf>.

²¹ <http://www.tibetinfo.net/news-updates/nu141099.html>.

²² Siehe auch Kapitel über “politische Unterdrückung” in diesem Bericht.

²³ TCHRD, Human Rights Update, June 2003, www.tchrd.org.

verbunden sind, werden Entwicklungen, die sich auf die Religion beziehen, als Separatismus und seine Kontrolle betreffende Probleme angesehen“.

Khenpo Jigme Phuntsoks Lehrtätigkeit im Serthar-Institut stark eingeschränkt

Das ganze Jahr 2003 über schränkten die chinesischen Behörden das Buddhistische Institut Serthar in der TAP Kardze, Provinz Sichuan, stark ein, sie hielten die monastische Gemeinde klein und überwachten das Verhalten der Nonnen und Mönche ebenso wie die Häufigkeit und die Inhalte der religiösen Belehrungen. Verglichen mit dem harten Vorgehen der Behörden gegen das Institut 2001 kann man nun eine leichte Lockerung der Einschränkungen feststellen. Zuverlässigen Quellen zufolge nahmen Sicherheitskräfte des Distrikts Serthar, TAP Kardze, Provinz Sichuan, am 27. Mai 2003 vier Tibeter in Gewahrsam. Die vier waren nach einem Streit, der Ende 2002 wegen Wiederaufbaumaßnahmen in dem Buddhistischen Institut ausgebrochen war, von dem PSB-Haftzentrum des Kreises Serthar einbestellt worden²⁴.

2001 wurde Khenpo Jigme Phuntsok, der charismatischen Gründer und Abt des Serthar Instituts, ein Jahr lang von den Behörden in Gewahrsam genommen, eine große Anzahl der Geistlichen wurde ausgewiesen und Tausende ihrer Wohnhütten abgerissen. Die Behörden hatten zu diesem brutalen Schlag gegen den beliebten Abt und sein Institut ausgeholt, weil ihnen seine steigende Popularität und seine riesige Anhängerschaft unter sowohl tibetischen als auch nicht-tibetischen Buddhisten ein Dorn im Auge war. In der Repression gegen sein Institut sehen China-Beobachter eine „Wiederholung der Kulturrevolution“.

Das Buddhistische Institut Serthar, das 1980 als ein konfessionsübergreifendes Studienzentrum gegründet wurde, zählte 2001 annähernd 8.800 Praktizierende, sowohl ordinierte als auch Laien-Buddhisten verschiedener Nationalitäten. Seit 1998 hatten die chinesischen Arbeitsteams gefordert, daß die Anzahl der Studenten drastisch reduziert würde, und alle die Auflagen der „patriotischen Umerziehung“ zu beachten hätten. Am 18. April 2001 setzten die Behörden eine Obergrenze für die Gemeinschaft von 1.400 fest, womit 7.000 Studenten das Institut zu verlassen hatten. Zwischen Juni und Juli 2001 wurden über 2.000 Behausungen auf dem Gelände des Instituts niedergerissen – die chinesischen Kader sprechen in ihrem Arbeitsbericht von 1.875. Im Juni 2002 durfte Khenpo Jigme Phuntsok, nachdem er einige Zeit im Krankenhaus in Chengdu gelegen hatte, in sein Institut zurückkehren²⁵.

Auf eine UNCHR (UN Commission for Human Rights) Anfrage wegen Serthar, die Abdelfattah Amor, der Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit der UNO, abgefaßt hatte, antwortete die chinesische Regierung, „es sei auf keinen Mönch und keine Nonne Druck ausgeübt worden, um zum weltlichen Leben zurückzukehren, noch sei irgendein Mönch oder irgendeine Nonne in Haft genommen worden. Im Gegenteil, der Staat habe eine beträchtliche Summe Geld ausgeteilt, um jenen Mönchen und Nonnen, die in ihre Dörfer zurückkehren wollten, bei ihrem Start zu helfen, ebenso wie für den Wiederaufbau einiger Gebäude des Instituts“. Was Khenpo Jigme Phuntsok betrifft, so erging die Auskunft, „die dortige Regierung habe für seine ärztliche Behandlung Anstalten getroffen, und sein Zustand habe sich beträchtlich gebessert“²⁶.

Der „Separatist“ Geshe Sonam Phuntsok

Geshe Sonam Phuntsok ist ein populärer buddhistischer Lehrmeister und ein bekannter Gelehrter in der TAP Kardze in der Provinz Sichuan. Am 25. Oktober 1999 nahmen etwa 20 PSB-Offiziere Geshe Sonam Phuntsok in seinem Heimatort fest. Er wurde daraufhin wegen „Aufhetzung der Massen zu spalterischen Aktivitäten“ zu 5 Jahren Haft verurteilt; weitere Anklagepunkte waren „eine Reise nach Indien mit einem illegalen, in Lhasa beschafften Dokument, um den Dalai Lama zu treffen und sich mit ihm photographieren zu lassen, die illegale Durchführung religiöser Zeremonien zu mehreren Anlässen im Kreis Kardze und die Abhaltung einer Gebetszeremonie für das lange Leben des Dalai Lama in

²⁴ www.tchrd.org/press/2003/pr2003300602.html.

²⁵ Khenpo Jigme Phuntsok ist am 11. Januar 2004 überraschend gestorben, siehe www.igfm-muenchen.de/tibet/tchrd/2004/KhenpoJPDies.html.

²⁶ Als bei der 59. Sitzung der UNCHR 2003 der Punkt bürgerliche und politische Rechte diskutiert wurde, brachte auch der Sonderbeauftragte für Religionsfreiheit, Mr. Abdelfattah Amor (Tunesien), dessen Amt 1986 von der Menschenrechtskommission geschaffen wurde, seinen Jahresbericht ein. Die Chinesen gaben auf mehrere seiner Interventionen wegen der Lage der Religionsfreiheit in Tibet eine offizielle Antwort.

Rongbatsang". Er verbüßt immer noch seine Strafe im Chuandong Gefängnis Nr. 3 und soll inzwischen ernstliche Probleme mit seiner Gesundheit haben.

Mitte November 2001 teilten Mitarbeiter des PSB von Kardze dem Vater des Geshe, Agya Phuntsok, mit, daß "der Geshe unter hohem Fieber leide und derzeit in dem Chuandong Chayul Hospital liege". Wegen des für ihn ungewohnten warmen Klimas in der Gegend, in der das Chuandong Gefängnis liegt, habe er Fieber bekommen. Agya Phuntsok machte sich sogleich auf den Weg, um seinen Sohn zu sehen und kam am 4. Dezember dort an. Nur zweimal konnte er für insgesamt 40 Minuten mit dem Geshe sprechen – aber nicht direkt, sondern nur über Telefon, denn eine dicke Glaswand trennte die beiden bei der Begegnung.

Agya berichtete: "Geshe's Gesundheit war sehr heruntergekommen. Er war so abgemagert und dünn. Er konnte sich nicht mehr richtig bewegen, beim Gehen muß er gestützt werden". Der Geshe erzählte seinem Vater, anfänglich habe er unter mangelndem Appetit gelitten und nichts mehr essen können. Er fühlte sich häufig schwindlig und lethargisch, sagte er. Er litt auch unter Durchfall und verfiel immer wieder in eine Art Halbbewußtsein. Sieben Stunden lang habe er Infusionen bekommen. Seitdem hat das TCHRD keine Informationen mehr erhalten und weiß daher nichts über den jetzigen gesundheitlichen Zustand des Geshe.

Das TCHRD fordert, daß Geshe Sonam Phuntsoks Strafe gemäß dem in China geltenden Recht aus medizinischen Gründen ausgesetzt wird. Wie John Kamm, der Leiter der *Dui Hua Foundation* in San Francisco berichtet, gibt es eine gesetzliche Bestimmung von 1990, nach der staatliche Organe Gefangene, die mindestens ein Drittel ihrer Strafe verbüßt haben und mit einem Haftleiden darniederliegen, vorzeitig aus medizinischen Gründen entlassen können.

Der Geshe wurde ursprünglich zu 5 Jahren verurteilt. Gemäß dem chinesischen Strafrecht werden die Strafen vom ersten Tag der Verhaftung an gezählt, was im Fall des Geshe der 25. Oktober 1999 ist. Damit wäre seine Entlassung am 25. Oktober 2004 fällig. Da der Geshe am 26. Juli 2002 fast 33 Monate in der Haft verbracht hatte, was mehr als ein Drittel seiner Haftstrafe von 60 Monaten ausmacht, könnte besagtes Gesetz hier Anwendung finden.

Da der Geshe bereits über ein Drittel seines auf 5 Jahre lautenden Urteils hinter sich gebracht hat und er eindeutig an gesundheitlichen Problemen leidet, die eine Folge der Gefangenschaft sind, ist das TCHRD der Meinung, daß es durchaus im Ermessen der chinesischen Regierung liege, Geshe Sonam Phuntsoks Haft gemäß der gesetzlichen Bestimmung aus medizinischen Gründen auszusetzen.

“Demokratische Verwaltungsräte” als Kontrollinstanzen im religiösen Bereich

Der von den chinesischen Behörden festgestellte Zusammenhang zwischen der Geistlichkeit und der tibetischen Unabhängigkeitsbewegung ist für sie eine Ursache großer Besorgnis. In einem früheren offiziellen Dokument mit dem Titel "Eine Goldene Brücke zu einem neuen Zeitalter" wurde dieser Argwohn deutlich ausgesprochen:

"Eine Reihe von religiösen Institutionen wurden periodisch von ein paar Leuten mißbraucht, die finstere Motive hegen, um sich gegen uns zu verschwören, und die zu einem Hort der Konterrevolution geworden sind... Der Einfluß unserer Feinde in anderen Ländern, besonders der ‚Dalai Clique‘, hat sich in den Klöstern unserer Region so ausgebreitet wie noch nie. Sie meinen wohl, wenn sie ein Kloster in ihre Hand bekommen, dann sei das soviel wie ein ganzer Distrikt der Kommunistischen Partei."

Die "patriotische Erziehungs-Kampagne" verfolgt den Zweck, dem Dissens Einhalt zu gebieten, indem die Tibeter in ihrer religiösen Ausübung kontrolliert und sie zum Verzicht auf alle nationalistischen Anwandlungen gezwungen werden. Es wird Druck auf sie ausgeübt, damit sie sich vom Dalai Lama und Gedhun Choekyi Nyima, dem 11. Panchen Lama, abwenden. Diese repressiven Maßnahmen stellen eine grobe Verletzung des Rechtes der Menschen auf die Freiheit der Meinungsäußerung, des Gewissens und der Religion dar. Chinesische "Arbeitsteams" üben weiterhin mittels der *Democratic Management Committees* (= DMC) die Kontrolle über alle religiösen Aktivitäten in den Klöstern aus. Ma Chongying, der Vize-Direktor des Amtes für Minderheiten und Religiöse Angelegenheiten in Tibet, soll gesagt haben: "Wenn jemand nicht patriotisch ist, kann er kein lebender Buddha sein. Dies ist ein unabänderliches Prinzip"²⁷.

Übliche Formen der religiösen Repression, denen die Klöster durch die Arbeitsteams und die DMCs unterzogen werden, sind die Ausweisung von Insassen wegen ihrer Weigerung, sich vom Dalai Lama

²⁷ New York Times, "All living Buddhas have to be patriotic", 9 Nov. 1998.

abzukehren und die Idee der tibetischen Unabhängigkeit zu verwerfen, die säkulare Kontrolle der Klöster, die Auferlegung von Quoten für die Größe der Klostergemeinschaften, die Durchsetzung eines Mindestalters von 18 Jahren als Bedingung für die Zulassung als Novize und die Festnahme und Folterung von praktizierenden Buddhisten.

Bei der religiösen Kontrolle in Tibet hat es in letzter Zeit eine vielsagende Verlagerung gegeben. Die Indoktrinierungs-Visiten der Arbeitsteams in den Klöstern sind etwas weniger häufig geworden, während die DMCs die absolute Autorität über die Administration und das allgemeine Management in den religiösen Institutionen erhalten haben. Die permanent in den Klöstern eingerichteten DMCs sind sozusagen der verlängerte Arm des Staates²⁸.

Im Unterschied zu den vergangenen Jahren hat das TCHRD weniger Informationen über Fälle von sogenannten Besuchen der "Arbeitsteams" in den Klöstern erhalten²⁹. Wir vermuten, daß es zwei Gründe für diese neue Entwicklung gibt. Erstens ist der Informationsfluß aus Tibet beträchtlich zurückgegangen, nachdem 2003 infolge der verstärkten Überwachung an der Grenze von Tibet zu Nepal, der Inhaftierung einiger Flüchtlinge in nepalesischen Gefängnissen und der Zwangsrückführung von Flüchtlingen nach Tibet viel weniger tibetische Flüchtlinge im Exil angekommen sind. Zweitens könnten die chinesischen Behörden der Ansicht sein, daß die Kampagne nun in allen Klöstern Tibet erfolgreich durchgeführt wurde. Dennoch ist das TCHRD noch zu keinem endgültigen Ergebnis über den derzeitigen Stand der "patriotischen Kampagne" gekommen, die seit ihrem Start 1996 Tausenden von Mönchen und Nonnen unendlich viel Schmerz und die Zerrüttung ihres gewohnten Lebens gebracht hat.

Verweigerung religiöser Erziehung

Die von dem dritten Arbeitsforum zu Tibet 1994 festgelegte Strategie in der Bildung zielte darauf ab, den ideologischen Gehalt der schulischen Erziehung in Tibet zu verstärken, besonders auf die patriotische Gesinnung hin zu wirken und die Loyalität zur tibetischen Religion oder der Dalai Clique gewaltsam durch Zwang zum Verschwinden zu bringen. Ihr Zweck war, durch die Einschränkung des Angebotes an Lehrinhalten die Meinungsbildung bei Schulkindern und Lehrern zu manipulieren.

Die von dem dritten Arbeitsforum ausgearbeitete Bildungspolitik unterscheidet sich somit nur wenig von den anderen Strategien, die es für die Unterdrückung von abweichenden Meinungen empfahl, insofern als sie stark ideologische Züge trägt und im Stil der maoistischen Kampagnen der Siebziger gehalten ist. "Bei den Bemühungen der Dalai Clique, die Abspaltung zu bewirken, sind die jungen Leute ihre Zielgruppe, in der vergeblichen Hoffnung, daß wenn sie ihr Ziel nicht jetzt erreichen, es doch in einigen Jahren oder Jahrzehnten zu tun. Dementsprechend hat sie ihre Anstrengungen zur Entzweiung und Demoralisierung der tibetischen Jugendlichen gesteigert"³⁰.

Nach ihrem Besuch in Peking im September 2003³¹ schreibt Katarina Tomasevski, die UN Sonderberichterstatterin für das Recht auf Bildung bei der Menschenrechtskommission, in ihrem 22 Seiten langen Bericht: "Eine Erziehung, welche die Rechte von Minderheiten bejaht, erfordert, daß die Mehrheit den Wert der Sprachen und Religionen der Minderheiten in allen Aspekten des Lebens voll anerkennt. Andernfalls dient die Bildung nur der Assimilierung und ist von daher nicht vereinbar mit Chinas Menschenrechtsverpflichtungen". In bezug auf die Verweigerung der religiösen Erziehung in Schulen erklärt der Bericht: "Im Widerspruch zu Chinas internationalen Menschenrechtspflichten bleibt die religiöse Unterrichtung sowohl in öffentlichen als auch in privaten Bildungseinrichtungen verboten. Obwohl sich China in den ersten Worten seines Eingangsberichts zu der Konvention der Rechte des Kindes als einen 'steten Wahrer und Verteidiger der Rechte der Kinder' beschreibt, wurden die Rechte der Kinder im Bildungssektor nicht anerkannt"³².

²⁸ TCHRD Jahresbericht 2002, "Institutionalisierung der religiösen Kontrolle" im Kapitel "Das Recht auf Religion und Glauben", siehe www.igfm-muenchen.de/tibet/Reports/AnnualReport2002.html.

²⁹ In dem Report des US State Department 2003 steht, Pekings "patriotische Umerziehungs-Kampagne" sei offiziell abgeschlossen worden.

³⁰ Tibet Daily (chinesische Ausgabe), Artikel von Yu Dun' rui mit dem Titel "Beharrt in dem doppelten Ansatz und intensiviert den Kampf gegen die Spalter", 30. Jan. 1995, SWB, 5 April 1995.

³¹ Bei dieser offiziellen Mission der Sonderbeauftragten für das Recht auf Bildung ist es gerade das dritte Mal, daß Peking themenspezifische Sachbearbeiter der UN Menschenrechtskommission zu einem Besuch in China oder Tibet eingeladen hat. 1994 und 1997 empfing China den Sonderberichterstatter für die Religionsfreiheit und die Arbeitsgruppe für willkürliche Verhaftung, wobei beide Missionen Tibet besuchen konnten.

³² Gesamtbericht, siehe <http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf>.

Bei den gegenwärtig herrschenden Restriktionen ist der Zugang zu einer guten religiösen Erziehung sehr schwierig. Die Festlegung des Eintrittsalters ins Kloster auf 18 Jahre und andere von den Behörden auferlegte Abstriche greifen tief in den Verlauf und den ideellen Gehalt der traditionellen religiösen Studien ein.

Einsiedler werden zum Verlassen der Klausur gezwungen

2003 erhielt das TCHRD Informationen darüber, daß Ende Mai 2002 siebzehn Einsiedler aus ihren Meditationsklausuren (Retreats) in Chaksam Chori vertrieben wurden³³. Ende Mai 2002 suchten Offiziere des PSB der TAR auf Provinzebene und örtliche PSB-Angehörige von Gongkar die Einsiedelei heim.

Schon seit 1996 wird das Praktizieren des tibetischen Buddhismus verfolgt, hauptsächlich, indem Arbeitsteam-Kader die religiösen Institutionen aufsuchen und dort ihre Kurse zur patriotischen Erziehung durchführen. Auch schon früher wurden Personen, die sich im „Retreat“ befanden, drangsaliert, wenn auch nicht so massiv wie jetzt in den Klöstern. Derartige physische und psychische Übergriffe an Orten der Zurückgezogenheit sind eine schwere Form religiöser Unterdrückung. Einsiedler, die zum Teil schon jahrelang oder gar jahrzehntelang in der Abgeschiedenheit meditiert haben, werden plötzlich aus ihrem Übungszyklus herausgerissen. Daß sie obendrein noch von ihren Klausurorten vertrieben wurden, gibt Anlaß zu ernster Besorgnis.

Ein 24 Jahre alter ehemaliger Mönch aus dem Kloster Ragya berichtete dem TCHRD³⁴ 2003: „Mit 16 Jahren trat ich ins Kloster Ragya ein. Es gab dort ungefähr 500 Mönche. Seit 2000 kamen immer wieder chinesische Arbeitsteams in unser Kloster, um dort die Kampagne ‚Liebe dein Land, liebe deine Religion‘ durchzuführen. Jedes Jahr kommen an die 30 chinesische Kader und bleiben einen Monat lang. Während dieser Zeit werden die Mönche zum Studium von Hetzschriften gegen den Dalai Lama gezwungen und müssen gegen ihn gerichtete Texte verfassen. Sie müssen sogar Fragen zu diesen sogenannten Studien beantworten. Dieses Jahr kamen sie im September, um ihre Kampagne durchzuführen.“

Am 4. August 2003 gab Yumzin Rinpoche Khedup Gyatso im Dorf Dolma Kar in der TAP Golog eine Kalachkra-Belehrung (die Lehre vom Rad der Zeit des tibetischen Buddhismus). Die Bevölkerung der Gegend begrüßte den Rinpoche begeistert. Sie empfing ihn mit einem Konvoi von Jeeps und Motorrädern. An diesen Fahrzeugen waren buddhistische Fahnen angebracht. Doch die bewaffnete Volkspolizei (PAP) hielt den Konvoi auf und befahl die Entfernung und Herausgabe der Fahnen. Die Leute argumentierten, daß es sich dabei um religiöse Wimpel ohne jegliche politische Bedeutung handle. Die Polizeibeamten gingen jedoch nicht darauf ein und nahmen ihnen die Gebetsfahnen weg. Völlig grundlos wurde der Konvoi für geraume Zeit aufgehalten“.

„Es ist zu gefährlich, hier auch nur an Politik zu denken“, sagte ein alter Mönch namens Alang aus Labrang. „Wir dienen dem Dharma. Wir haben keine Freiheit, ich werde sie nicht mehr erleben“. Für ihn sind die politischen Restriktionen und die Polizeispitzel im Kloster eine Tatsache des täglichen Lebens, in die er sich fügen muß. Labrang war ein Ort der Religion, nicht der Politik. Alang geht es hauptsächlich darum, in seiner Heimat bleiben zu können, er möchte nicht zum Flüchtling werden³⁵.

Degeneration des tibetischen Buddhismus

Die chinesische Regierung kontrolliert die Weitergabe der tibetisch-buddhistischen Lehre und schränkt sie in einem solchen Ausmaß ein, daß dem tibetischen Buddhismus das Wesentliche verloren geht. Es gibt einige wieder aufgebaute Klöster für Nonnen und Mönche, aber der eigentlichen Weitergabe der Lehren, dem Studium und der Praxis der traditionellen religiösen Glaubensinhalte wird kein Freiraum mehr gewährt. Der verstorbene 10. Panchen Lama fühlte, daß der intellektuelle Kern des tibetischen Buddhismus zerstört würde: Das Debattieren, die philosophische Diskussion, Gebetszeremonien und die mündliche Weitergabe der Lehrinhalte sind verboten. „Aufgrund dessen ist der süße Tau des ‚Lehrens und Debattierens, des Schreibens und aufmerksamen Zuhörens, des Nachdenkens und Betrachtens‘ nun eingetrocknet..., und wir werden Zeugen des Niedergangs des Buddhismus, der in Tibet einst blühte

³³ Chaksam Chori liegt zwischen den Landkreisen Lhoka Gongkar und Chushul. Chaksam Chori ist ein heiliger Berg, und zu religiös wichtigen Zeiten und Festen kommen tibetische Pilger hierher, um ihn zu umwandeln. Einige der Eremiten waren schon sehr lange im Retreat.

³⁴ Human Rights Update Oct 2003: „Liebe dein Land, liebe deine Religion“ – eine Kampagne im Kloster Ragya.

³⁵ Patrick French, Tibet, Tibet: A Personal History of a Lost Land, p. 59.

und für die Weitergabe der Lehren und erleuchtenden Riten sorgte. Das ist etwas, womit ich und 90 % der Tibeter uns nicht abfinden können³⁶. Die vom Panchen Lama vor Jahrzehnten geäußerte Besorgnis erweist sich heute als um so berechtigter.

Im Laufe der Jahre sind die Klöster eher zu Schulen für atheistische Indoktrination oder zu Touristenattraktionen verkommen, als ihrem eigentlichen Zweck als Institute religiöser Studien und Ausübung gerecht zu werden. Die chinesischen Behörden beharren stur auf ihrer Absicht, die tibetischen Buddhisten in willfährige Kommunisten umzuwandeln. Eine Nonne berichtete von ihren Erfahrungen mit chinesischen "Arbeitsteams" und den Indoktrinierungs-Sitzungen, die zu einem psychischen Dilemma zwischen den traditionellen Glaubensinhalten und dem ideologischen Zwang führen.

"1988, ehe ich ins Kloster eintrat, rebellierten mehrere Nonnen und mußten die Gemeinschaft verlassen. Wir dürfen immer noch nicht mit ihnen sprechen. Ich weiß, daß viele von ihnen in ihrem Herzen noch Nonnen sind und ihre spirituelle Praxis fortführen. Das Problem jetzt ist, daß wir das zu tun haben, was das DMC bestimmt oder wir riskieren, hinausgeworfen zu werden. Das Komitee kehrt nächsten Monat zurück, ich fürchte mich jetzt schon. Letztes Mal gaben sie uns Propagandaliteratur und befahlen uns, sie in gutem Zustand zu erhalten. Nach ihrem letzten Besuch warf ich die meinige weg. Jetzt wollen sie sie natürlich inspizieren. Mir reicht's! Diesmal werden es nur 3 oder 4 Kader sein, so wird es vielleicht nicht gar so schlimm werden. Hoffentlich nicht so schrecklich wie letztes Jahr.

Sie kontrollieren uns sehr genau und legen uns bei der Ausübung unserer Religion lauter Steine in den Weg. Letztes Jahr gelobten einige der Nonnen, in einen langen Retreat (Klausur) zu gehen und eine der großen Schriften zu rezitieren, doch man hat es ihnen verboten. Das Komitee richtete so viele Kontrollen ein. Sie zwingen die Nonnen jeden Tag die Gruppensitzungen zu besuchen. Sie sagen, ihre Aufgabe sei die patriotische Erziehung, was bedeutet, daß wir das Fernsehprogramm aus China anschauen und sagen müssen, wir seien für Jiang Zemin und die Kommunistische Partei.

Das Komitee besteht aus Kadern von verschiedenen Abteilungen der Regierung - es sind lauter Tibeter. Viele davon wollen gar nicht im Komitee sitzen, denn sie mögen diese Arbeit nicht. Das gestanden sie uns hinter vorgehaltener Hand. Die Leiter sind sehr streng und arrogant. Weil sie uns letztes Jahr für politisch verdächtig hielten, waren sie drei Monate lang im Kloster, Tag und Nacht – sie kamen im Dutzend und rissen das ganze Kloster an sich.

Sie bringen uns Propagandaslogans gegen Seine Heiligkeit den Dalai Lama bei und dann prüfen sie uns, ob wir die Phrasen auch auswendig gelernt haben. Wir müssen Dinge sagen wie:

'Wir werden entschieden gegen die Aktivitäten der winzigen Gruppe tibetischer Elemente auftreten, welche die Unabhängigkeit fordert! Wir werden die nationale Solidarität stärken und uns gegen die kleine spalterische Minderheit stellen! Wir werden die vier Grundprinzipien hochhalten und uns der bourgeoisen Liberalisierung entgegenstellen!'

Manchmal dreht sich einem da der Kopf, und man weiß nicht mehr, was man eigentlich glaubt. Kennen Sie die Redensart *yarlang na go dap, marde na kup dap, ghang dug dug re shak* (Wenn du aufstehst, haust du dir den Kopf an, wenn du dich hinsetzt, krachst du mit dem Hintern auf, es ist wirklich fürchterlich!). Aber so ist es tatsächlich. Tag um Tag zwingt uns das Komitee die Slogans zu wiederholen, und sie verbieten uns, wichtige Zeremonien durchzuführen. Es ist einfach entsetzlich. Wir fühlen uns oft sehr eingeschüchtert, besonders die älteren Nonnen.

Ich weiß, daß ich mich entsprechend den Lehren Buddhas, des Erhabenen, verhalten muß, aber als Individuum kann ich so wenig tun, und so muß ich es mir für später aufheben. Ich fühle mich gebunden in meinem Herzen, ich habe innerlich keine Freiheit mehr³⁷.

In einem Artikel mit dem Titel "Mönch legt größten Wert auf die Freiheit, die er im Exil genießt", der in *Illawarra Mercury* in Australien erschien, würdigt Geshe Sonam Thargye³⁸ "die Freiheit, seinen Glauben ausüben, die Freiheit sich versammeln, die Freiheit aus seinem Herzen sprechen zu können". Diese "Dinge" habe er in Tibet nicht immer gehabt, schreibt er, und "das Verlangen nach ihnen zwang ihn, seine Freunde und seine Familie zu verlassen und ein neues Leben im Exil zu suchen".

³⁶ Ibid, p. 65.

³⁷ Patrick French, *Tibet, Tibet: A Personal History of a Lost Land*, pp 82-83.

³⁸ Geshe Sonam Thargye floh aus Tibet und nach 18 Jahren in Indien ließ er sich in Geelong, Victoria, nieder, wo er nun Buddhismus praktiziert und lehrt.

Schließung religiöser Institutionen

Die chinesischen Behörden schließen weiterhin religiöse Institutionen, und die Geistlichen, die sich dem Diktat der Kommunisten nicht beugen wollen, werden ausgestoßen. So schlossen sie in der Präfektur Ngaba in Sichuan am 29. Juli 2003 die Ngaba Kirti Klosterschule³⁹, nannten jedoch keinen offiziellen Grund für ihr Vorgehen.

1998, vier Jahre nach der Gründung der Schule, machten die Behörden der Schule zur Auflage, von der Regierung festgelegte Lehrpläne zu befolgen, die chinesische Sprache im Unterricht zu verwenden und die sozialistische Ideologie zu lehren. Der Schule wurde auch nahegelegt, sich mit der staatlichen Bontse Schule in dieser Gegend zusammenzuschließen. Die Kirti Klosterschule befürchtete jedoch, daß die Aufnahme von Laienschülern einen negativen Einfluß auf das Verhalten der Mönchsschüler haben würde. Am 28. August 1998 zwangen die chinesischen Behörden das Ngaba Kirti Kloster, die Verwaltung der Schule abzugeben, und benannten sie in "Chathang Nubsang" Schule um. Danach reduzierten sie Klassen mit den bisherigen Lehrern und stellten chinesische Lehrer ein, um den Lehrplan zu revidieren und Chinesisch zur Haupt-Unterrichtssprache zu machen.

Seit dem Oktober 2001 werden die Mönchsschüler sogar gezwungen, statt ihrer Mönchsroben chinesische Schuluniformen zu tragen. Schüler, die den früheren Namen der Schule auf ihre Hefte geschrieben hatten, wurden bestraft, und ihre Beiträge zum Schulmagazin streng zensiert⁴⁰.

Beeinträchtigung der religiösen Feste

Peking hat auch im Berichtsjahr die Ausmaße traditioneller religiöser Aktivitäten und die feierliche Begehung der Festlichkeiten durch verschiedene den Laiengemeinden aufgezwungene Maßnahmen erheblich eingeschränkt. Die Tibeter sind den Widersprüchen zwischen der chinesischen Verfassung und Gesetzen, die allen Bürgern die Religionsfreiheit garantieren, und der Doktrin des Atheismus, die von der kommunistischen Partei propagiert wird, hilflos ausgeliefert. Die jetzige Kampagne zur Werbung für den Atheismus geht Hand in Hand mit immer gravierenderen Einschränkungen der öffentlichen Bekundung religiösen Glaubens, wie zum Beispiel dem Verbot, Gebetsfahnen aufzuziehen, Räucherwerk zu verbrennen und heilige Stätten zu umwandeln⁴¹.

In dem Propagandaführer von Kardze für 1999 steht: "Religiöse Aktivität außerhalb der dafür vorgesehenen Orte ist abnormal und muß verboten werden". Derartige Feste waren jedoch von den Regelungen in Sichuan 1987 bis zu einem gewissen Grad erlaubt, wo es heißt, daß Klöster, ohne die Zustimmung der Regierung eingeholt zu haben, "keine religiösen Ereignisse in großem Maßstab, die über ihr administratives Gebiet hinausgehen, organisieren sollen, damit der Produktion, der Sorge für den Lebensunterhalt oder der sozialen Ordnung kein Abbruch geschehe".

Der Provinz-Bericht von 1992 über Religion⁴² kommentierte: "Religiöse Aktivitäten großen Ausmaßes, besonders wenn sie sich über die Präfekturgrenzen hinaus erstrecken, müssen streng kontrolliert werden und dürfen im allgemeinen nicht organisiert werden. Falls sie unumgänglich sind, muß zuerst ein Antrag gestellt und die Erlaubnis eingeholt werden, die Zahl der Teilnehmer muß kontrolliert werden und das Kloster und die mit der Organisation beauftragten Personen müssen die gesamte Verantwortung tragen. Parteikader und Regierungsorgane dürfen, es sei denn ihre Dienstpflicht erforderte es, an solchen Anlässen auf keinen Fall teilnehmen. Was die tibetischen Landsleute aus dem Ausland und die Ausländer betrifft, die an solchen Aktivitäten teilnehmen wollen, so muß hier streng nach den Anordnungen des Amtes für Religionsangelegenheiten des Staatsrats verfahren werden. Keiner darf besondere Rechte für sich in Anspruch nehmen."

Bei der Diskussion des "zukünftigen Weges" legte der Bericht von 1992 zwei Grundsätze für die Durchführung der Parteipolitik hinsichtlich der Religionsfreiheit dar. Das erste Prinzip wiederholte die "Zwei-Punkte-Theorie", die an die Verfassung von 1982 erinnerte und an das Dokument 19, worin es

³⁹ Die im Distrikt Ngaba (chin. Abaxian), Präfektur Ngaba, Sichuan, gelegene Ngaba Kirti Klosterschule wurde 1994 gegründet. Sie war ein Segen für die armen Bauern und Nomaden der Gegend, die von der Hand in den Mund leben und keine Mittel für die Erziehung ihrer Kinder aufbringen können. Die Popularität der Schule wuchs immer mehr und Ende 1998 zählte sie um die 800 monastische Schüler.

⁴⁰ Weitere Information über den Fall, siehe www.igfm-muenchen.de/tibet/tchrd/2003/NgabaKirti.html.

⁴¹ Mündliche Intervention von Jonathan Sission, "Bürgerliche und politische Rechte, einschließlich der Frage religiöser Intoleranz", Internationale Gesellschaft für Aussöhnung, Genf, 4-6 April 2001.

⁴² Voller Titel: Guanyu Ganzhi Zangu zizhizhou zongjiao shiwu hongguan guanli de yanjiu (Research into the overall management of religious affairs in Kardze TAP) Zongjiao zhengce, pp. 297-312.

heißt, daß "jeder Bürger die Freiheit hat, an eine Religion zu glauben oder nicht zu glauben". Und das zweite und vielleicht wichtigste Grundprinzip war: "Religiöse Aktivitäten müssen innerhalb der von der Verfassung, den Gesetzen und der Politik abgesteckten Grenzen erfolgen. Dies ist für die Durchsetzung der Parteipolitik hinsichtlich der Freiheit der religiösen Überzeugung, der Normalisierung der religiösen Aktivitäten und der Anpassung der Religion an die sozialistische Gesellschaft unbedingt erforderlich. Freiheit ist ein relativer Begriff, und es gibt keine absolute Freiheit"⁴³.

Im Art. 5, Abs. 2, „Organisation von Klöstern der Buddhistischen Vereinigung der Provinz Sichuan – Vorläufige Maßnahmen für das Management tibetisch-buddhistischer Klöster“ heißt es: "Klöster müssen demokratische Verwaltungsorgane einsetzen, damit ein demokratisches Management gewährleistet ist, und sie müssen die Führung durch die ihnen übergeordneten Buddhistischen Vereinigungen akzeptieren".

Festnahmen im Vorfeld zum Geburtstag des Dalai Lama

Drei Tibeter, Yeshe Gyatso, Mitglied der "Chinese People's Political Consultative Conference" (CPPCC), Lhasa City, Dawa Tashi und Bhuchung, beide Studenten im dritten Jahr an der Tibet Universität, wurden am 16. Juni 2003 unter der Beschuldigung der Verwicklung in "spalterische Tätigkeiten" festgenommen. Um der Begehung des Geburtstags des Dalai Lama am 6. Juli zuvorzukommen, werden die Bürger von Lhasa in dieser Zeit allgemein noch schärfer überwacht. Jedes Jahr ergreifen die Behörden an diesem Tag besondere Maßnahmen, denn sie befürchten, daß die Tibeter ihn als eine Gelegenheit zur Manifestation nationalistischer Gefühle benutzen könnten.

Die chinesischen Behörden haben die Geburtstagsfeiern für den Dalai Lama gänzlich verboten. Am 26. Juni 2000 gab das Industrie- und Handelsbüro des Stadtbezirks Lhasa ein Zirkular mit dem Titel "Kurze Information über die Abschaffung der illegalen Abhaltung des *trunglha yarsol* (Geburtstagsfeier des Dalai Lama) durch die Volksregierung der Stadt Lhasa" heraus, womit die Teilnahme an dem *trunglha yarsol* geächtet wird. Der Rundbrief klagte die "Dalai Clique" der Anstiftung von Unruhe in verschiedenen Teilen Tibets an, denn diese würde Ereignisse wie die Begehung des *trunglha yarsol* zum Vorwand nehmen, um das Mutterland zu spalten. Im zweiten Teil der Anordnung wird den Bewohnern der Stadt verboten, sich an diesem Tag in Gruppen zu versammeln, Räucherwerk zu verbrennen, *tsampa* (Gerstenmehl) in die Luft zu werfen, Gebetsfähnchen aufzuhängen und Gebete zu rezitieren. Jeder Bürger, der bei der Begehung dieses Tages in einer der genannten Weisen gefaßt wird, wird als ein "Separatist" behandelt und muß mit einer Gefängnisstrafe rechnen.

Schluß

Das TCHRD kann leider keinen Fortschritt bei der Unterdrückung der Religion in Tibet feststellen. Die Tibeter sehen sich weiterhin staatlichen Restriktionen, Kontrollen und repressiven Maßnahmen ausgesetzt und können ihr verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Ausübung ihrer Religion und ihres Glaubens nicht wahrnehmen. Die grundlegende, gegen die Religion gerichtete Politik ist dieselbe geblieben, wobei es natürlich regionale Unterschiede in der Intensität und Schwankungen in der Häufigkeit ihrer Anwendung gibt. Solange, wie die Behörden argwöhnen, daß ein Zusammenhang zwischen tibetischem Buddhismus und dem im Exil lebenden Dalai Lama besteht, gibt es wenig Hoffnung, daß China seine derzeit betriebene Politik, der Manifestation von Religion und Gelehrsamkeit in Tibet keinen Spielraum zu gewähren, mildern oder revidieren könnte.

⁴³ Art. 5, Kap. 2, Organisation von Klöstern der Buddhistischen Vereinigung der Provinz Sichuan, Überprüfungsmaßnahmen für das Management tibetisch-buddhistischer Klöster, besagt: "Klöster müssen demokratische Verwaltungsorgane einsetzen, um eine demokratische Verwaltung zu gewährleisten und sie müssen die Führung durch die ihnen übergeordneten Buddhistischen Vereinigungen akzeptieren".